

Das ambivalente Verhältnis zwischen Politik und Religion: Deutungsversuche und Erklärungsansätze

Veranstalter DGS-Sektion Religionssoziologie

Veranstaltungsort Universität Bamberg

Termin 25.04.2019 - 26.04.2019 ganztags

Gemeinsame Tagung der Sektion Religionssoziologie und der Sektion politische Soziologie der DGS sowie des Arbeitskreises Politik und Religion der DVPW

Das Verhältnis zwischen Religion und Politik gilt in modernen (säkularen) Gesellschaften als ambivalent: Auf der einen Seite wird die Religion von der Politik oft als potenzielle Quelle für gesellschaftliche Konflikte und damit als Gefahr für die Demokratie betrachtet. Für die politische Soziologie rücken damit Fragen der Entstehung und Bewältigung religiöser Konflikte in den Mittelpunkt: Welchen Einfluss haben religiöse Motive auf politisches Engagement? Unter welchen Bedingungen führen religiöse Konflikte zu Gewalt? Wie lassen sich religiöse Konflikte politisch bewältigen? Können Religionsgemeinschaften vielleicht selbst zur Lösung von Konflikten beitragen, die aus dem Pluralismus der Gesellschaft resultieren? Die Religion wird aber keineswegs nur ein potenzieller "Konfliktherd" wahrgenommen. Sie leistete in der Geschichte oft einen zentralen Beitrag zur Legitimation politischer Ordnungen. Bellah (1967) prägte dafür den Begriff der Zivilreligion. Dabei kommt es jedoch immer wieder vor, dass die kulturell vertraute - und normativ oft "geforderte" - Trennung zwischen beiden Bereichen verschwimmt: Die Sakralisierung zentraler politischer Ideen und Institutionen wie etwa "Nation", "Natur", "Demokratie" oder "Bürger" ist eine grundlegende Voraussetzung für die Entstehung stabiler institutioneller Ordnungen. Es stellt sich daher die Frage, welche Beiträge ein erweitertes Konzept von Religion und

Religiosität für das Verständnis des Politischen in säkularen Gesellschaften leisten kann.

Auf der anderen Seite ist die Idee einer prinzipiellen Trennung von Religion und Politik normalerweise mit dem Anspruch verbunden, dass staatliche Instanzen sich nicht in die Belange religiöser Gemeinschaften (oder die ihrer Gläubigen) einmischen und bei religiös-weltanschaulichen Konflikten neutral bleiben sollten. In vielen Ländern werden Menschen aufgrund ihres Glaubens jedoch verfolgt oder politisch unterdrückt. Aber auch dort, wo die Religionsfreiheit respektiert wird, sind die rechtlichen Grundlagen der Trennung zwischen beiden Seiten variabel und historisch geprägt. In der Folge haben sich in vielen Staaten unterschiedliche Formen der "Governance" religiöser Diversität etabliert, die unter den veränderten Bedingungen der Globalisierung vor neuen Herausforderungen stehen. Religionsvertreter sind dabei immer auch bestrebt, ihren politischen Einfluss bei Themen geltend zu machen, die für die Lebensführung ihrer Gläubigen (Schwangerschaftsabbruch, Kopftuch, Organspende etc.) wichtig sind. In diesem Kontext wird in der Religionssoziologie derzeit eine intensive Debatte darüber geführt, wie sich das Verhältnis zwischen Religion und Politik auf die Religiosität und die religiöse Vitalität einer Gesellschaft auswirken. Fördern bestimmte Konstellationen im Verhältnis beider Seiten die Vitalität der Religion? Liegt hier möglicherweise die Erklärung für unterschiedliche Pfade der Säkularisierung?

Das Verhältnis zwischen Religion und Politik zeichnet sich somit durch wechselseitige Prozesse der Anziehung und Abstoßung aus. In der Religionssoziologie, der politischen Soziologie sowie den Politikwissenschaften haben sich je eigene Forschungstraditionen und Konventionen in der Auseinandersetzung mit dem Verhältnis zwischen beiden Seiten entwickelt. Diese sollen auf der Tagung thematisiert werden. Wir bitten um die Zusendung von aussagekräftigen Abstracts zu diesen und weiteren Themen:

- *Demokratie und Religion:* Gibt es grundsätzliche Konflikte und Widersprüche zwischen Religion und Demokratie? Welche Rolle können religiöse Ideen und Institutionen im Demokratisierungsprozess spielen?
- *Politische Parteien und Religion:* Welche Rolle spielt das Religiöse in den Parteien? Wie hat sich das Verhältnis in den vergangenen Jahren entwickelt? Wie beeinflusst das Religiöse die Mobilisierungsprozesse von Parteien?
- *Die Rolle der Religion in politischen Konflikten:* Welche Rolle spielt die religiöse Dimension in politischen Konflikten, z.B. beim weltweiten Erstarken von Autokratien oder im Konflikt um die Organspende oder die Migration?
- *Soziale und religiöse Bewegungen:* Inwiefern interagieren und vermischen sich soziale, populistische oder religiöse Bewegungen? Welche Rolle spielen politisch-religiöse Konflikte für die Entstehung religiöser oder sozialer Bewegungen?
- *Governance religiöser Diversität und Identität:* Wie wird Religion von politischer Seite "reguliert"? Inwiefern verändern sich dadurch religiöse Identitäten?
- *Religiosität und politische Einstellungen:* Wie hängen politische Einstellungen und bestimmte Ausprägungen von persönlicher Religiosität miteinander

zusammen? Wie beeinflusst die Religiosität beispielsweise Antisemitismus, Islamophobie oder Fremden-feindlichkeit?

- *Religion-Staatbeziehung und religiöse Vitalität*: Wie lässt sich die Beziehung zwischen Staat und Religion operationalisieren? Welche Wirkungen haben spezifische Konstellationen in diesem Verhältnis auf die religiöse Vitalität?

Erwünscht sind theoretische und empirische Beiträge, die sich dem Gegenstand qualitativ o-der quantitativ annähern können. Erbeten werden aussagekräftige Abstracts von bis zu **5000 Zeichen** bis zum 31. Januar per Email an: [thomas.kern\(at\)uni-bamberg\(dot\)de](mailto:thomas.kern@uni-bamberg.de), [insa.pruisken\(at\)uni-bamberg\(dot\)de](mailto:insa.pruisken@uni-bamberg.de) und [pickel\(at\)rz.uni-leipzig\(dot\)de](mailto:pickel@rz.uni-leipzig.de).

Organisation: Gert Pickel (Universität Leipzig), Thomas Kern (Universität Bamberg), Insa Pruisken (Universität Bamberg)

Zum Call for Papers (PDF)
